

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 3

Artikel: Probleme Süditaliens und Siziliens [Schluss]
Autor: Schmid, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kampf für eine *Demokratisierung des Bildungswesens*, die den Kindern der einfacheren Volksschichten den Zugang zur Universität eröffnet, muß deshalb meines Erachtens vermehrt dadurch erfolgen, daß wir uns für eine

fortschrittliche Hochschulreform

einsetzen, die mit veralteten Privilegien aufräumt und neue Gedanken in unsere Hochschulen hineinträgt, die ja schließlich durch den Willen des Volkes entstanden sind und somit auch dem ganzen Volk zu dienen haben. Darüber wäre in einem späteren Artikel noch einiges zu sagen.

HANS SCHMID

Probleme Süditaliens und Siziliens

(Fortsetzung)

Die Entwicklungspolitik in Süditalien und Sizilien

Daß die Wirtschaft des Südens reformbedürftig ist, begann man nach dem Zweiten Weltkrieg auch an den verantwortlichen Stellen in Rom zu merken. Eine der Hauptaufgaben fällt der 1950 gegründeten

Cassa per il Mezzogiorno (Südkasse)

zu. Sie hat die Aufgabe, Entwicklungsvorhaben zu planen und rasch zu verwirklichen, und zwar in Verbindung mit Investitionen, für welche die Verwaltung zuständig ist oder auch in Verbindung mit Privatinvestitionen. Ihre Tätigkeit liegt hauptsächlich im landwirtschaftlichen Sektor, in der Organisation des Verkehrswesens, der Wasserleitungen und der Kanalisationen. Sie erstreckt sich heute jedoch auch auf den Sektor der Industrieinvestitionen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, werden der Cassa per il Mezzogiorno entsprechende staatliche Geldzuschüsse zur Verfügung gestellt.

Ferner ist eine Reihe von Gesetzen betreffend die Agrarreform erlassen worden. Diese Gesetze verlangen nicht nur eine Aufteilung der großen, schlecht bewirtschafteten Güter in kleine Bauerngüter, sondern machen es den Eigentümern der nicht aufteilbaren Güter zur Pflicht, landwirtschaftliche Veränderungen vorzunehmen und den Boden rationell zu bewirtschaften, um einen höheren Ertrag zu erzielen.

Im Jahre 1954 endlich wurde der Vanoni-Plan publiziert, der ein Schema allgemeiner Art für die freie Entwicklung der italienischen Wirtschaft während der Periode 1955–1964 darstellt.

Die Resultate

der nach dem Kriege durchgeführten Landwirtschaftsreformen sind sehr unterschiedlich. Einen großen Erfolg können die verantwortlichen Stellen in der Umgebung von Matera in Lukanien buchen, in der Gegend also, die uns Carlo Levi in seinem Buche: «Christus kam nur bis Eboli» beschreibt. Es handelte sich um ein typisches Gebiet des Großgrundbesitzes, seit Jahrhunderten durch die Malaria entvölkert. In der Ebene von Metaponte, südöstlich von Matera, hat man 40 Prozent des Landes enteignet, die Malaria durch das DDT überwunden, große Bewässerungsanlagen erstellt, Straßen und Häuser gebaut und endlich die Gegend wieder bevölkert. Das Gemüse, die Agrumen, die Futter- und die Industriepflanzen gedeihen großartig, und Metaponte scheint ein italienisches Kalifornien zu werden. Aber auch die weitere Umgebung von Matera mit seinen Erosionsgebieten scheint besseren Zeiten entgegenzugehen, baut doch die Cassa per il Mezzogiorno Straßen und Staudämme und bekämpft die Erosion.

Eine ähnliche Entwicklung ist in der Ebene von Catania zu verzeichnen, ebenso in gewissen Gegenden Kalabriens. Viele Gebiete des Südens könnten wie Gärten aussehen, wenn die entsprechenden Maßnahmen getroffen würden.

Andererseits ist das Ergebnis zum Beispiel in den Hügeln Lukaniens oder in den Bergen Kalabriens sowie in weiten Gegenden Siziliens im Vergleich zu den aufgewendeten Mitteln äußerst bescheiden.

Im Süden, Sizilien und Sardinien inbegriffen, wurde etwa ein Viertel des landwirtschaftlichen Bodens mit Erfolg saniert. Dieser Boden liefert drei Viertel der landwirtschaftlichen Produktion, während der übrige Viertel von den drei Vierteln des landwirtschaftlichen Bodens, der nicht saniert ist, stammt. Auf dem sanierten Boden werden in intensiver Bewirtschaftung Agrumen, Gemüse, Wein, Öl und Industriepflanzen erzeugt, während auf dem übrigen Boden in extensiver Bewirtschaftung vor allem minderwertiges Getreide und einige Tiere gedeihen. Vom guten Boden nähren sich 30 bis 40 Prozent der Bauern des Südens, während die Mehrheit vom schlechten Boden lebt.

Die größten Unterschiede im Erfolg der Reformen finden sich in Sizilien.

Im Gegensatz zu der erwähnten Entwicklung in der Ebene von Catania ist in der Gegend von Agrigento ein vollkommener Mißerfolg festzustellen, der vor allem auf das Versagen der Verwaltung zurückzuführen ist.

In Sizilien sind die Reformaufgaben aber auch am schwierigsten, weil bis jetzt keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um den Absatzmarkt der landwirtschaftlichen Produkte zu reorganisieren. Der Bauer ist darauf angewiesen, seine Produkte an Ort und Stelle zu verkaufen, da er für den Transport in die Städte nicht über die nötigen Mittel verfügt. So wird er das Opfer von Wucherern, welche die Handelswege kontrollieren, oft in

Übereinkunft mit der Mafia. Das erklärt auch, warum die Früchte in Italien nirgends so teuer sind wie in Palermo.

Eine Reorganisation des Marktes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse drängt sich auf. Der Markt muß von den Wucherern gesäubert werden. Die Lagerung der verderblichen Produkte ist durch Installation von Kühlanlagen zu erleichtern.

Die Agrarreform ist von zwei Seiten scharfer Kritik ausgesetzt. Einmal von seiten der Großgrundbesitzer, die kein Interesse haben, daß das schlecht bewirtschaftete Land an Bauern verteilt wird. Dann aber auch von seiten der Landarbeiter, die erwarten, Land zu bekommen, und denen die Reform zu langsam vor sich geht.

Einer der berechtigtesten Einwände

gegen die Agrarreform ist derjenige, daß die Bauern viel zu wenig Land erhalten, um darauf mit ihren Familien leben zu können. Die neuen kleinen Einzelbauerngüter von drei bis fünf Hektaren, die extensiv bewirtschaftet werden, geben vielfach nur etwa für 60 Tage im Jahr Arbeit für eine Person, während die übrigen Familienmitglieder untätig bleiben müssen. Die zu starke Zerstückelung des Grundbesitzes wiegt um so schwerer, als das Genossenschaftswesen ebenfalls erst in den Anfängen steckt. Unter diesen Umständen hat sich das Einkommen pro Familie nach der Zuteilung von Land nur sehr wenig verändert. Manch einer mag sich fragen, welche wirtschaftliche und soziale Funktion die Reform trotz ihren großen Kosten (denken wir nur an die beträchtliche Zahl der Angestellten in den verschiedenen Ämtern) wohl hat.

Die Ursache für die vielen Mißerfolge liegt auch in einem Fehlen der Planung, der Koordination.

Die natürlichen Gegebenheiten des Bodens sind noch weitgehend unerforscht. Die Erforschung des Bodens wäre das erste, was getan werden müßte, um einmal abzuklären, welche Gebiete sich für den Anbau der einzelnen landwirtschaftlichen Produkte am besten eignen. Weiter ist eine Agrarreform im Sinne einer Aufteilung des schlecht bewirtschafteten Großgrundbesitzes erfolglos, solange die Güter nicht durch Straßen erschlossen werden, solange kein Wasser vorhanden ist und solange keine Möglichkeit besteht, Vieh zu züchten.

So sind die neuen Bauernsiedlungen, die auf den aufgeteilten Gütern von den Faschisten und nach dem Zweiten Weltkrieg vom Amt für die Landwirtschaftsreform in Sizilien (ERAS) gebaut, aber eben mangels Wasser und Elektrizität niemals bewohnt wurden und jetzt wieder verfallen, nichts als sinnloser Verschleiß an Kapital und Arbeit.

Eine Verteilung von Grundbesitz gegen Entschädigung ist abzulehnen, weil ein Landarbeiter gar nicht in der Lage ist, den Kaufpreis zu bezahlen.

Hat er jedoch ein wenig Geld, so braucht er es, um sich Geräte zu verschaffen. Er muß das Geld in seinen erst noch aufzubauenden neuen Landwirtschaftsbetrieb investieren. Wird aber das Land verkauft, so gerät es in die Hände des Bürgertums, das es an die Bauern verpachtet, so daß schließlich das Problem doch nicht gelöst ist.

Hemmend wirkt sich auch

die große Ungewißheit

vieler Landarbeiter und Bauern aus, die niemals eine Volksschule, geschweige denn eine landwirtschaftliche Schule besucht haben. Viele Bauern kennen die Rhythmen des Fruchtwechsels nicht. Es kommt sogar vor, daß der von den Tieren stammende natürliche Dünger getrocknet und verbrannt wird, mit der Begründung, es habe keinen Wert, ihn auf die Felder zu führen, er beschmutze diese nur.

Jedes Dorf sollte einen landwirtschaftlichen Spezialisten haben, der den Bauern beratend zur Seite steht. Nicht ein Ingenieur, der mit Manschetten und Krawatte in einem Büro sitzt, ist notwendig, sondern ein Praktiker, der am Morgen mit den Bauern aufsteht, der weiß, wie man die Geräte in die Hand nimmt und der es die Bauern auch lehren kann.

In den Schulen sollte anstelle griechisch-lateinischer Bildung vermehrt den praktischen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Jeder Dorfschule wäre ein Schulgarten anzugliedern, bebaut von den Schülern der letzten Klassen. Damit würde ein Beitrag an die Ernährung und zugleich ein Beitrag an die Ausbildung geleistet. Ferner könnte durch die Zusammenarbeit unter den Schülern der Genossenschaftsgedanke gefördert werden; das ist weit wertvoller, als immer nur von der Schaffung von Genossenschaften zu sprechen.

Obwohl es heute im italienischen Süden vor allem darum geht, den Großgrundbesitz aufzuteilen und das Land von Einzelbauern bewirtschaften zu lassen, muß doch die Schaffung von

landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

das Hauptanliegen bleiben. Nur so wird eine Landwirtschaft entstehen, die auf die Dauer konkurrenzfähig ist. Der sozialdemokratische (Richtung Saragat) Abgeordnete der italienischen Deputiertenkammer, Casimiro Vizzini, Palermo, verlangt sogar eine direkte Überführung des Großgrundbesitzes in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und staatliche Landwirtschaftsbetriebe. In diesem Zusammenhang machte Vizzini mir gegenüber die Kommunisten lächerlich, die mit dem Slogan «Alles Land den Bauern!» arbeiten und damit die Kleinbürger von morgen schaffen. Wenn die Söhne dieser Bauern nicht mehr Landwirte werden wollen, sagte Vizzini, verpachten sie ihr Land und ziehen daraus arbeitsloses Einkommen, das verwerflich-

ste, was man sich vorstellen kann. Dieser Auffassung ist allerdings entgegenzuhalten, daß sich eine Umwandlung des Großgrundbesitzes in landwirtschaftliche Kollektivbetriebe nur auf Umwegen verwirklichen läßt. Die Landarbeiter sind vom brennenden Wunsche beseelt, Land zu Eigentum zu erhalten. Politisch wäre es deshalb ein Schlag ins Wasser, wenn man jetzt schon Genossenschaften propagieren würde, die den Wünschen der «braccianti» nicht entsprechen. Ohne Frontalangriff wäre es auch gar nicht möglich, den Großgrundbesitz aufzuteilen.

Wichtig ist daneben die Förderung des landwirtschaftlichen Kreditwesens und der landwirtschaftlichen Versuchsbetriebe. Das Amt für die Landwirtschaftsreform in Sizilien (ERAS) ist zu demokratisieren, ebenso die Konsortien zur Urbarmachung von Land, die vielfach von Großgrundbesitzern beherrscht sind, welche kein Interesse daran haben, daß neues Land urbar gemacht wird und ihnen daraus Konkurrenz erwächst. Die undemokratische Verwaltung vieler Ämter ist auch der Grund, weshalb viele Gesetze bis heute toter Buchstabe geblieben sind. Versuche in diesem Sinne wurden bereits von der sizilianischen Regionalregierung Milazzo unternommen, wurden aber nach dem Sturz dieser Links-Regierung nicht weitergeführt. Die Investitionen durch den Staat und die Cassa per il Mezzogiorno sind zu erhöhen.

Gute Aussichten hat die Agrumenwirtschaft, die bis jetzt ebenfalls zu wenig gefördert wurde. Der moderne Mensch trinkt wenig Wein, er hat vielmehr Bedürfnis nach Vitaminen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Förderung des Weinbaus durch die öffentliche Hand erwies sich denn auch als Fiasko. Israel – übrigens ein Musterbeispiel für die Staatsintervention in der Landwirtschaft – beweist jedoch, daß der Agrumenexport ein lohnendes Geschäft sein kann.

Wie weit der dieses Jahr von der Regierung Tambroni erlassene «Piano verde» (grüner Plan) all diese Forderungen in die Tat umzusetzen vermag, bleibt abzuwarten.

IV. Die Industrialisierung

Industrie existierte im Mezzogiorno bis vor kurzem praktisch überhaupt nicht. Der industrialisierte Norden beherrschte den Süden wirtschaftlich vollständig. Erst im Laufe der letzten zehn Jahre entstanden die ersten modernen Industrien in Neapel, Salerno, Bari, Syrakus und Catania. In der Gegend von Neapel entwickelt sich gegenwärtig die größte industrielle Agglomeration des Südens, vor allem durch die Investitionen der Firma Olivetti in Turin. Auch Ostsizilien bietet ein dynamisches Bild. Neben den unvergänglichen Zeugen des antiken Groß-Griechenlands entstehen riesige Fabriken der chemischen Industrie und Erdölraffinerien. Im Jahre 1954 erfolgte ein Erdölfund in der Nähe von Ragusa. Dieses Lager erwies sich bald als das bedeutsamste bisher in Westeuropa bekannte Vorkommen. In Catania, dem

Mailand des Südens, entsteht Lebensmittel-, pharmazeutische und thermoelektrische Industrie.

Diese revolutionäre Entwicklung ist nur möglich dank der Unterstützung der Cassa per il Mezzogiorno. Gleichzeitig wird die Industrie auch durch zwei große Organisationen mit vorwiegend staatlicher Finanzierung gefördert: die IRI (Istituzione Ricostruzione Italiana) und die ENI (Ente Nazionale Idrocarburi).

Das ENI ist zum Beispiel gegenwärtig im Begriffe, in Gela, einer typischen Bauernsiedlung an der Südküste Siziliens, durch den Bau eines modernen Hafens und gigantischer Fabriken der Fett- und Plastikerzeugung, die 4000 Arbeiter beschäftigen sollen, die Jahrhunderte währende Armut zu beseitigen.

Damit wären die positiven Aspekte der industriellen Entwicklung des Südens erwähnt. Leider muß ich auch auf Erscheinungen zu sprechen kommen, die ein weniger vorteilhaftes Bild ergeben. Ich denke vor allem an die Tatsache, daß *der industrielle Fortschritt auf einige Punkte konzentriert bleibt*, eben zur Hauptsache auf die erwähnten Städte Neapel, Salerno, Bari, Catania und Syrakus. Alle anderen Gebiete des Südens sind unterentwickelt. Daran muß man besonders denken, wenn man die schmeichelhaften Statistiken über die wirtschaftliche Entwicklung Siziliens liest. Wenn man die Verhältnisse an Ort und Stelle betrachtet, sieht man jedoch, daß die Statistiken nur wegen der Fortschritte in Catania und Syrakus so erfreulich sind, während überall sonst die Armen arm geblieben oder oft sogar noch ärmer geworden sind.

Wenn man die industrielle Entwicklung Siziliens in bezug auf die Einwohnerzahl nach den Daten der letzten Industriezählung 1951 betrachtet, ist das Ergebnis, im Vergleich mit der durchschnittlichen Entwicklung ganz Italiens (und nicht nur der am meisten entwickelten Gebiete) nämlich äußerst traurig. Mit den Abruzzen, Puglia, Basilicata und Kalabrien war Sizilien unter den Regionen, welche am meisten negativ abwichen vom Durchschnitt Italiens. Die Industrieangestellten betragen in Sizilien weniger als die Hälfte derjenigen, die hätten vorhanden sein müssen, wenn Sizilien den gleichen Prozentsatz von Beschäftigten in der Industrie gehabt hätte wie ganz Italien im Durchschnitt. Einzig Kalabrien hatte einen noch geringeren Prozentsatz an in der Industrie Beschäftigten. Die Industrieangestellten machten in Sizilien, Kalabrien und Lukanien weniger als vier Prozent der Gesamtbevölkerung aus; das ist der tiefste Durchschnitt von ganz Italien.

Die Cassa per il Mezzogiorno, der Vanoni-Plan und die ganze Südpolitik Italiens im allgemeinen sind von einer typisch liberalen Konzeption ausgegangen, in der Meinung, wenn der Staat die Grundlagen dazu liefere, werde die Privatinitiative das übrige tun. Man stellt heute fest, daß es sich dabei um eine Illusion handelte.

Die Investitionen in die Industrie des Südens von 1951 bis 1959 machen nur 16 Prozent des gesamten in der italienischen Industrie investierten Kapitals aus. Die liberalen Lösungen sind daher ungenügend, und die neue Tendenz geht dahin, dem Staat und den gemischtwirtschaftlichen Organisationen einen wichtigeren Platz einzuräumen. So wurden das IRI und das ENI gesetzlich verpflichtet, mindestens 40 Prozent ihrer Investitionen im Süden zu tätigen. Mit diesen und mit anderen Mitteln wird es möglich sein, die wirtschaftliche Struktur und das Lebensniveau günstig zu beeinflussen. Doch ist es offensichtlich, daß dazu noch viel Zeit nötig ist, und viele Italiener fragen sich, ob die Politik der Wirtschaft die Zeit noch läßt, die nötig ist . . .

Eine weitergehende Staatsintervention

wäre daher notwendig. Der Staat hätte entweder Fabriken aufzubauen, um sie dann an die Privatindustrie abzutreten oder aber sie zu behalten.

Am dringendsten ist gegenwärtig die Verstaatlichung der Erzeugung elektrischer Energie. Eines der großen Hindernisse für die Industrialisierung des Südens besteht nämlich darin, daß die Elektrizität dort bis 50 Prozent teurer verkauft wird als im Norden. Eine ähnliche, wenn auch für die Gesamtwirtschaft weniger bedeutsame Anomalie besteht im Sektor der Verkehrsbetriebe in Palermo. Diese sind in den Händen zweier privater Gesellschaften. Das ist der Grund, weshalb die Tarife höher und die Löhne der Betriebsangestellten niedriger sind als in den Städten des Nordens, wo die Verkehrsbetriebe den städtischen Behörden unterstehen. Ein Billetteur in Palermo verdient etwa 40 000 Lire (280 Franken), ein Autobuschauffeur etwa 48 000 Lire (340 Franken) pro Monat, mit denen eine Familie bei der gegenwärtigen Teuerung in dieser Stadt unmöglich leben kann.

Wie in der Landwirtschaftspolitik, so fehlt auch in der Industriepolitik eine klare Konzeption der Entwicklung. Alle zur Verfügung stehenden Energien sollten mobilisiert und in einen entsprechenden Plan eingebaut werden. Die sizilianische Regionalregierung Milazzo hatte eine Kommission für das Studium und die Ausarbeitung eines solchen Planes ernannt. Nach dem Sturz der Regierung Milazzo wurde diese Kommission aber nicht mehr einberufen.

Die Rohstoffbasen wären auszubeuten und die Rohstoffe an Ort und Stelle zu verarbeiten.

Zur Förderung der Industrialisierung Siziliens wurde vor einigen Jahren eine regionale Finanzierungsgesellschaft, die SOFIS, gegründet, die unter anderem durch die Region Sizilien finanziert wird. Die SOFIS hat die Möglichkeit, sich an Industriegesellschaften zu beteiligen. Die politische Rechte möchte in der SOFIS lediglich ein Kreditinstitut sehen, während die Linke aus ihr ein Institut zur Förderung der ganzen Wirtschaft machen möchte.

Wie sehr die verantwortlichen Stellen die wirtschaftliche Entwicklung Siziliens vernachlässigen, geht auch aus folgendem hervor: Artikel 38 der Verfassung der autonomen Region Sizilien ermächtigt die sizilianische Regionalregierung, von der Landesregierung in Rom aus dem «Fonds der nationalen Solidarität» Beiträge zu verlangen, mit denen das dem Durchschnitt von Gesamtitalien gegenüber niedrigere Arbeitseinkommen in Sizilien auszugleichen ist. Nach der Schätzung unparteiischer Experten wäre ein Beitrag des Landes von 70 bis 80 Milliarden Lire pro Jahr nötig, um dieses Ziel zu erreichen. Der Beitrag macht gegenwärtig nur 15 Milliarden Lire aus. Die sizilianische Regionalregierung hat jedoch bisher nie mehr verlangt und die Landesregierung auch nie mehr gewährt.

Es wird mit der Zeit klar, daß die unter christlichdemokratischer Ägide stehenden italienischen Regierungen nicht in der Lage sind, die Wirtschaft des Südens voranzutreiben, daß aber der Gemeinsame Markt eine gewisse Chance hat, das zu tun. Er kann vor allem durch Investitionen, durch technische Beratung und im Sektor Ausbildung Beachtliches leisten.

V. «L'apertura a sinistra»

Jede Analyse der italienischen Politik muß die Rolle der Kirche in Rechnung stellen. Sie ist heute eine politische Größe ersten Ranges. Ihr Einfluß erstreckt sich auf das ganze Land, während er vor 1860 auf den Kirchenstaat beschränkt blieb. Durch den berühmten Lateranvertrag, den im Jahre 1929 Mussolini mit dem Vatikan abschloß, wurde die Kirche aus der Isolation, in der sie seit der Eroberung Roms 1870 verharret hatte, herausmanövriert. In der Kirche hatte das faschistische Regime einen Verbündeten gefunden.

Die Christlichdemokraten erhielten in allen neueren Wahlen die Unterstützung der Kirche. Andererseits würden die christlichdemokratischen Führer Gonella, Pella und Fanfani niemals eine Politik befolgen, die den Wünschen des Vatikans zuwiderläuft. Pella und Fanfani pflegen denn auch an den Kongressen der Democrazia Cristiana jeden Morgen vor Beginn der Verhandlungen demonstrativ zur Kommunion zu gehen.

Hauptgegner der Christlichdemokraten beziehungsweise der Kirche sind die Kommunisten, die ihnen im Süden in profilierter Form gegenüberstehen. Die Kirche fragt nicht länger, was Gottes und was des Kaisers ist. Der Preis ist zu hoch.

Die Kirche fühlt ihre materielle Existenz und ihre geistige Mission auf italienischem Boden gefährdet durch die größte, die am besten organisierte und die weitaus am besten geführte Kommunistische Partei diesseits des Eisernen Vorhanges.

Deshalb mobilisiert sie alle ihre Kräfte, geht alle Allianzen ein und nimmt jede Hilfe an, um den Weg zu dem zu versperren, was sie als die größte Katastrophe betrachten würde: ein kommunistisches Italien.

Eines der wichtigsten Kampfmittel der Kirche ist die Exkommunikation. Man weiß, daß sich seit 1950 die Priester weigern, denen die Sakramente zu geben, welche Mitglieder der KP sind oder kommunistisch stimmen.

Die rein religiöse Einflußnahme ist begleitet von einer offenen politischen Kampagne, die von der mächtigen Azione Cattolica (Katholische Aktion) geführt und von der sicheren Hand Professor Geddas geleitet wird. Dieser Mann kämpft unerbittlich gegen den Feind. In jedem Dorf, in jedem Stadtteil hat die Azione Cattolica Zweigniederlassungen, Comitati Civici (zivile Kommissionen) genannt, welche der seit 1948 ununterbrochen an der Macht befindlichen Partei, den Christlichdemokraten, wertvolle Hilfe liefern. Der Eifer der aktiven Mitglieder dieser Comitati Civici ist höchstens vergleichbar mit demjenigen der aktiven Kommunisten.

Der klerikale Einfluß hat sich seit dem Tode de Gasperis, des einzigen christlichdemokratischen Politikers von staatsmännischem Format, noch verstärkt.

Das Organ des Vatikans, «L'Osservatore Romano», gesteht der Kirche unumwunden das Recht zu, in die Politik einzugreifen und verlangt von den Gläubigen ebenso unumwunden, daß sie sich auch in der Politik von ihr führen lassen.

Die Einflußnahme der Kirche auf die Politik stellt ein Problem dar, das die meisten demokratischen Länder der Welt bereits vor 100 Jahren – hoffentlich für immer – gelöst haben. Diese Situation bringt aber auch eine Vereinfachung in das politische Leben Italiens, welche in anderen Ländern nicht besteht: In Italien ist man entweder für oder gegen die Kirche. Wenn man für die Kirche ist, ist man auch für den Kapitalismus, für Gesetz und Ordnung, für die Aufrechterhaltung der sozialen Hierarchie. Die Linke hat einen gemeinsamen Nenner: ihre Feindschaft zur Kirche.

In Sizilien hat die Democrazia Cristiana einen weiteren Verbündeten:

Die Mafia

Es handelt sich dabei nicht etwa um eine romantische, der Vergangenheit angehörende Gangsterorganisation, sondern um eine Macht von großem Einfluß auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Ihre Entstehung fällt ins Zeitalter des Königreichs beider Sizilien, als die der Insel zu sorgen. Damals versah die Mafia die Rolle einer Privatpolizei. damaligen Herrscher nicht in der Lage waren, für Ruhe und Ordnung auf Später unterstützte sie die Einigungsbestrebungen Garibaldi's. Zur Zeit des Faschismus war sie sehr unbedeutend, da das damalige Regime sie in der

Weise bekämpfte, daß es nach einem Attentat die Angehörigen des Ermordeten verhaften ließ, um Blutrache zu verhindern. Als die Amerikaner 1943 in Sizilien einfielen, kamen ihnen die «mafiosi» (Anhänger der Mafia) mit weißen Fahnen entgegen. Die gegenwärtige politische Rechte hat in ihr eine wertvolle Schützenhilfe bei den Wahlen, eine Schützenhilfe im wörtlichen Sinne, schreckt doch die Mafia nicht davor zurück, immer wieder vor allem Vertrauensleute der Linksparteien aus dem Hinterhalt zu erschießen.

Die Mafia, die im Dienste der Grundbesitzer steht und ihre Tätigkeit in Westsizilien, in den Provinzen Palermo, Trapani, Caltanissetta und Agrigento entfaltet,

hat es dabei vor allem auf Gewerkschafter abgesehen.

Die meisten dieser Helden der Arbeiterbewegung, die für die Freiheit und für die Gerechtigkeit ihr Leben lassen mußten, waren Sozialisten, erklärte mir mit sichtlichem Stolz ein Vertreter der Sozialistischen Partei Italiens (Richtung Nenni) in Palermo. Es handelt sich unter anderen um die sozialistischen Gewerkschaftssekretäre Calogero Cangelosi (1947) und Placido Rizzotto (1948), denen Danilo Dolci in seinem kürzlich erschienenen Buche «Spreco» (Verschleiß) ein bleibendes Denkmal setzt und auch gleichzeitig die Hintergründe der polizeilichen Untersuchung, die unsystematisch und dilettantisch durchgeführt wurde, und des Gerichtsverfahrens aufzeigt, in dem sich die Angeklagten in offensichtliche Widersprüche verstrickten, aber trotzdem mangels Beweisen freigesprochen wurden, obwohl auch Juristen das Verfahren kritisierten. Weiter sind Petraglia und Salvatore Carnevale (1955) zu erwähnen. Den letzteren würdigt Carlo Levi in seinem Buch «Le parole sono pietre. Tre giornate in Sicilia» (Die Worte sind Steine. Drei Tage in Sizilien).

Offensichtlich wurde die Zusammenarbeit zwischen Democrazia Cristiana und Mafia letzten Herbst bei den Gemeindewahlen, indem derjenige, der von der öffentlichen Meinung Siziliens als der Chef dieser Geheimorganisation betrachtet wird, *Genco Russo, in Mussomeli, einer Ortschaft in der Provinz Caltanissetta, als christlichdemokratischer Kandidat auf einer Wahlliste figurierte.*

Trotz Interventionen verschiedener Journalisten an den vom italienischen Fernsehen übertragenen Pressekonferenzen der Parteichefs nahmen Innenminister Scelba und der Sekretär der Democrazia Cristiana, Moro, nie eindeutig Stellung zur Tatsache, daß ihre Partei mit der verwerflichsten aller gesellschaftlichen Erscheinungen zusammenarbeitet. Scelba hat sich als Innenminister seit jeher beharrlich geweigert, gegen die Mafia auszusagen, obwohl immer wieder sizilianische Abgeordnete der italienischen Deputiertenkammer, vor allem die Kommunisten Pajetta und Li Causi, das Thema zur

Sprache brachten. Scelba verstieg sich sogar zur Behauptung, die Mörder einzelner Gewerkschafter gehörten dem Freundeskreis des Ermordeten an, es handle sich um Landarbeiter und Autobuschauffeure. Er bestritt auch die politische Bedeutung dieser Attentate.

Es wäre allerdings ungerecht, wenn man nur die sizilianischen Christlichdemokraten als Verbündete der Mafia hinstellen würde. Die Mafia arbeitet mit allen politischen Richtungen zusammen, welche für die Beibehaltung des Status quo eintreten, also für die Aufrechterhaltung des Grundbesitzes feudalistischer Prägung. Daher bekämpfte die Mafia auch mit Vehemenz die Linksregierung Milazzo.

Zahlreiche christlichdemokratische, liberale, monarchistische und neofaschistische Abgeordnete des sizilianischen Regionalparlamentes verdanken ihre Mandate nur der Mafia, darunter auch der gegenwärtige Vizepräsident der autonomen Region Sizilien, Lanza. Bei der großen Arbeitslosigkeit ist es natürlich für die Grundbesitzer und ihre Hintermänner, die «mafiosi», ein leichtes, die Stimmen der fast ausschließlich von Landarbeitern bewohnten Dörfer für sich zu erzwingen. Man hat sogar schon Arbeiter unter Androhung der Entlassung auf Lastwagen verladen und nach Musomeli geführt, wo onorevole Lanza ein Referat hielt und wo sie ihm darauf die Hand drücken mußten.

Ich brauche nach all dem kaum noch beizufügen, daß die Politik des Konservatismus und des Immobilismus, welche die Democrazia Cristiana treibt, unvereinbar ist mit den Erfordernissen des Landes und mit den Aspirationen des Volkes auf größere soziale Gerechtigkeit. Die Democrazia Cristiana ist in der Lage, ihren einflußreichen Mitgliedern Stellen als Minister, Beamte und Direktoren großer Gesellschaften zu verschaffen; sie ist aber nicht in der Lage, eine neue kühne Politik im Dienste der Gesundung des italienischen Südens zu befolgen.

Für die Reformen, die Süditalien erwartet, ist offensichtlich eine mehr nach links orientierte Politik erforderlich.

Unter diesem Aspekt ist die berühmte «apertura a sinistra» (Öffnung nach links) zu verstehen. Bereits an dem zu Beginn des Jahres 1955 in Turin abgehaltenen Kongreß der Sozialistischen Partei Italiens (Richtung Nenni) propagierte sie der kurz darauf verstorbene Sozialist Rodolfo Morandi. Man beschloß damals, zu versuchen, mit den katholischen Massen ins Gespräch zu kommen. Zweifellos ist die «apertura a sinistra» heute Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Doch was mich schockierte, ist die Tatsache, daß man, außer in linksgerichteten Kreisen, die Notwendigkeit wirtschaftlicher und sozialer Reformen kaum erwähnt, um die «apertura a sinistra» zu rechtfertigen. Man spricht von ihr als von einer rein politischen Aktion; man betrachtet sie vom Gesichtspunkt des Kampfes der Parteien um die Macht und von wahltaktischen Erwägungen aus.

Die konservativen und reaktionären Kräfte, welche die Democrazia Cristiana beherrschen, wollen die «apertura a sinistra» auch gar nicht. Sie können sich dabei auf die Kirche stützen, die ein grundsätzliches Verbot jeglicher Zusammenarbeit mit den Nenni-Sozialisten, nicht jedoch mit den Neofaschisten, erlassen hat. So ist es zu erklären, daß bisher überall dort, wo die Christlichdemokraten vor der Wahl standen, eine Mehrheit entweder mit den Sozialisten oder mit den Neofaschisten zustande zu bringen, sie sich mit den letzteren zusammen an einen Tisch setzten und Regierungen oder Gemeinderäte bildeten, welche von den Linksparteien als klerikal-faschistisch bezeichnet werden. Eine solche Regierung besitzt auch die autonome Region Sizilien.

Der Süden und der Kommunismus

Eine politische Erscheinung, die vor 15 Jahren im italienischen Süden noch vollkommen bedeutungslos war, ist, wie erwähnt, der Kommunismus. Viele Italiener sympathisieren weder mit seiner Doktrin noch mit seinen demagogischen Arbeitsmethoden, aber sie unterstützen ihn doch und stimmen für ihn, weil sie glauben, damit eine Änderung des Systems und eine neue soziale Ordnung herbeiführen zu können, die sie für das Weiterbestehen des Landes als notwendig erachten.

Die «braccianti» wählen, wenn sie stimmfähig werden, gewöhnlich zuerst ihre «Herren» in die Parlamente. Später, wenn sie sehen, daß sich ihre elende Lage eigentlich ändern könnte, sieht man sie oft zur extremen Linken übergehen. In einer dritten Phase, wenn eine Verbesserung des Lebensstandards fühlbar wird, vollzieht sich eine weitere Wandlung, diejenige vom Kommunismus zum Sozialismus der Richtung Nenni, zweifellos ein Anzeichen für eine gewisse Besserstellung.

Für die Kommunistische Partei bestehen im Süden noch Reserven. Das ist für diese Partei von einer gewissen Wichtigkeit, denn die Arbeiter in den großen Städten des Nordens machen nicht mehr das Hauptkontingent ihrer Wähler aus.

Die Hoffnungen der süditalienischen Landarbeiter auf eine Änderung der Verhältnisse sind äußerst gering. Vielfach finden die «braccianti» in der Resignation den einzigen Ausweg. Andere glauben wohl, daß nach langer Zeit einmal eine Änderung kommen könnte, aber sie bezweifeln es, sie noch zu erleben.

Große Hoffnung bestand 1944,

unmittelbar nach der Befreiung des Landes vom Faschismus. Man vertraute damals vor allem auf die von der neuen Verfassung garantierten Freiheitsrechte. Auch die Tatsache, daß die Monarchie abgeschafft war und daß die damalige Regierung aus Arbeitervetretern, darunter dem Kommunisten

Togliatti und dem Sozialisten Gullo als Justiz- beziehungsweise als Landwirtschaftsminister bestand, gab Anlaß zu Hoffnungen. Doch heute, wo sich die Tragödie des Südens zu verewigen scheint und wo der Staat für den Wähler einzig im Steuereinzahler, in der Polizei und im Militär sichtbar wird, sind diese Hoffnungen weitgehend verflogen.

Danilo Dolci

Im Dorfe Trappeto in Nordwestsizilien, etwa 50 Kilometer westlich von Palermo, lebt jener Mann, der sich entschlossen hat, sein Leben mit den Armen zu teilen, nicht nur, um in ihrem Namen um Hilfe zu rufen, sondern auch, um die Möglichkeiten und Mittel einer Änderung der Verhältnisse zu studieren: Danilo Dolci. Er ist kaum Prophet in seinem Lande, aber man beginnt nun glücklicherweise im Ausland auf ihn aufmerksam zu werden.

Danilo Dolci versucht die Armen und Ausgebeuteten zur Mitarbeit heranzuziehen, indem er sie in Gruppen organisiert, Gruppen, welche Ausgangspunkte einer Änderung des ganzen wirtschaftlichen und sozialen Systems von unten werden sollen. In diesen Gruppen ist den Mitgliedern ihre Hoffnung auf bessere Zeiten wiederzugeben; ferner sollen sie sich ihrer elenden Lage bewußt werden und lernen, wie man sie ändern könnte. Dolci will keine Arbeitslosen mehr dulden, sondern sie für Arbeiten von gemeinsamem Nutzen einsetzen; er will überhaupt in allen Domänen die kollektive Aktion einführen.

Der heute 35jährige ehemalige Architekt aus Triest vermeidet dabei jede Gewalt. Sein Vorgehen hat nichts mit Zwang oder mit Gesinnungsterror zu tun. Verschiedentlich hat er versucht, auf dem Wege des gewaltlosen Widerstandes, zum Beispiel durch Hungerstreiks, von den Regierungen in Rom und Palermo Hilfe für die Landarbeiter und Fischer an der Küste Siziliens zu erreichen, allerdings ohne Erfolg. Deshalb rät er seinen Anhängern, *jetzt ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und zu handeln, anstatt auf Hilfe von der Regierung zu warten, Hilfe, die nie gekommen sei und auch nie kommen werde.*

Damit komme ich wieder nach Palma di Montechiaro zurück. Ich habe die beachtlichen Anstrengungen, die Italien für seinen Süden unternommen hat, erwähnt. Ich habe gezeigt, daß die Resultate ungleich waren, daß es aber doch Resultate waren. Ich habe aber auch gezeigt, daß es bei uns Gegenden gibt, die mit dem kapitalistischen China vergleichbar sind. Ich sage bei uns, in unserem Europa. Es dürfen nicht nur die Italiener sein, denen diese Tatsache den Schlaf raubt, denn sie geht uns alle an, die wir Europäer sein wollen. Der Süden Italiens ist auch der Süden dieses Europas, das im Entstehen begriffen ist.